

## Sozialpolitik in der Stadt Bern

Die Sozialpolitik ist eines der zentralen Themen einer urbanen Politik, auch und gerade in der Bundesstadt. Das vorliegende Grundsatzpapier definiert die Grundzüge der freisinnigen Sozialpolitik in der Stadt Bern. Die zuständige Fachgruppe wird in der Folge für die einzelnen Themenbereiche detaillierte Thesenpapiere verfassen, auf deren Grundlage konkrete Vorschläge (Vorstösse, Initiativen) lanciert werden können. Dieses Grundsatzpapier konzentriert sich auf die städtische Sozialpolitik sowie deren Abstimmung mit anderen Behörden und Privaten. Dies im Bewusstsein darum, dass zentrale Grundlagen dazu auf Ebene Kanton und Bund geregelt werden.

### I. Ausgangslage

Die FDP.Die Liberalen Stadt Bern (FDP) steht ein für eine lebenswerte Bundesstadt. Die Stadt Bern soll deshalb ein lebenswerter Ort für Menschen in allen Lebenslagen sein.

Unser Verständnis von Sozialpolitik ist eng verbunden mit einem zentralen Wert der FDP.Die Liberalen: dem Gemeinsinn. Der Gemeinsinn hält die Gesellschaft zusammen. Wir anerkennen, dass aus Wohlstand die ethische Verpflichtung erwächst, für hilfebedürftige Bewohnerinnen und Bewohner solange und soweit nötig zu sorgen. Wir tragen soziale Unterstützung mit, die auf den Prinzipien von Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Solidarität beruht. Es soll in allen Bereichen das Prinzip des «Förderns und Forderns» gelten. Der Staat und damit die Stadt Bern kommen stets an letzter Stelle, d.h. erst wenn das private Umfeld und die Gesellschaft nicht in der Lage sind, Unterstützung zu bieten.

Zur Eigenverantwortung gehört, die Konsequenzen eigener Lebensentscheide zu tragen und deren Kosten nicht auf die Gesellschaft abzuwälzen. Das wird heute aber immer häufiger gemacht und ist mit ein Grund, weshalb die Sozialkosten laufend zunehmen und die öffentliche Hand Sozialleistungen für einen immer grösseren Teil der Bevölkerung finanzieren muss. Die Entrichtung staatlicher Leistungen soll neutral in Bezug auf Zivilstand, Kinderbetreuungsmodell und andere Lebensentscheide sein.

Die Ursachen, weshalb Menschen in eine wirtschaftliche und existenzielle Notlage geraten können, sind vielfältig. Massive wirtschaftliche Veränderungen (z. B. Verschwinden und Entstehen von ganzen Branchen), steigende Anforderungen am Arbeitsplatz, Diskriminierung von älteren Arbeitnehmenden, persönliche/familiäre Schicksalsschläge oder ungenügende individuelle Absicherungsmöglichkeiten im Alter sind nur einige davon. Für die FDP.Die Liberalen ist klar, dass das Entstehen solcher Notlagen nach Kräften zu verhindern und Menschen in solchen schwierigen Situationen zu helfen ist. Allerdings ist dies eine komplexe sowie herausfordernde Aufgabe und kann nur im Verbund von Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand (Bund, Kantonen und Gemeinden) gelöst werden.

Der Stadt Bern fällt dabei in erster Linie eine ergänzende Rolle zu. Viele sozialpolitische Institutionen, Massnahmen und Initiativen werden durch den Bund und die Kantone bestimmt (z.B. ALV, AHV, IV, EL, EO, Programme zur Arbeitsintegration). Weiter besteht eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Institutionen (z. B. Kirchen, Vereine, Genossenschaften, soziale Unternehmen), die gezielt spezifische Gruppen von Betroffenen unterstützen. Die Übersteuerung von nationalen oder kantonalen Massnahmen sowie die Konkurrenzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen durch die Stadt Bern sind nicht sinnvoll und deshalb abzulehnen. Vielmehr soll die Stadt Bern gezielt ergänzende Massnahmen ergreifen und Angebote schaffen.

### II. Grundsätze

#### Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe

Das Ziel sozialer Unterstützung muss sein, einer in Not geratenen Person zu helfen, beruflich und sozial wieder auf eigenen Füßen stehen zu können. Dieses Prinzip soll die Regel sein, auch wenn wir uns bewusst sind, dass es Menschen gibt, die dauerhaft auf Unterstützung angewiesen sind. Mit inno-

vativen Ansätzen sollen starke, insbesondere finanzielle Anreize zu einem aktiven Mitwirken und Engagement der Unterstützten gesetzt und die Betroffenen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt befähigt werden.

### **Bekämpfung von Arbeitslosigkeit**

Arbeitslosigkeit wird grundsätzlich mit der Schaffung von Arbeitsplätzen bekämpft. Hierfür sind die Unternehmen seitens Politik endlich als wichtige Partner anzuerkennen. Weiter setzen wir uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern:

- Wenig qualifizierte, oft jugendliche Arbeitslose durch spezielle Bildungs- und Integrationsmassnahmen sowie Anreizprogrammen (z.B. Coaching, Weiterbildung) eine passende Ausbildung und später eine passende Erwerbsarbeit finden.
- Angebote geschaffen werden, damit Langzeit-Arbeitslose und Ü50-Arbeitslose den Wiedereinstieg in die reguläre Arbeitswelt finden.

### **Sozialhilfequote senken**

Durch primär erwerbsorientierte Massnahmen (z. B. Eliminierung von Fehlanreizen, gezielte Arbeitsintegration) sollen die Sozialhilfequote substantiell reduziert und so die über die letzten Jahre stark angewachsenen Kosten gesenkt werden. Für Jugendliche und junge Erwachsene braucht es zudem die Früherkennung einer möglichen Sozialbedürftigkeit und griffige Präventionsmassnahmen, damit sie nicht in eine Dauerabhängigkeit vom Staat geraten. Sozialhilfe-Missbräuche sind konsequent zu bekämpfen und zu ahnden.

### **Gezielte Hilfe statt Giesskannenprinzip**

Es gilt ausschliesslich diejenigen Personen zu unterstützen, die effektiv auf Hilfe angewiesen sind. Das Giesskannenprinzip muss vermieden werden. Zudem ist zu vermeiden, dass durch das Steuersystem negative Anreize entstehen, welche sich in fehlender Attraktivität der Arbeit und des Unternehmertums niederschlagen.

### **Weniger, aber wirkungsvolle Sozialinstitutionen**

Die Stadt Bern kennt zahlreiche, teilweise subventionierte Institutionen, welche Leistungen im Bereich der Sozialhilfe leisten. Zur Ressourcen-Optimierung und zur gezielteren Betreuung der Betroffenen soll der Zusammenschluss einzelner städtischer Abteilungen resp. Institutionen systematisch geprüft und einverlangt werden. Auch soll die Wirkung aller städtischen Abteilungen und subventionierten Institutionen regelmässig kontrolliert werden. Falls die vereinbarte Wirkung bzw. der ursprüngliche Bedarf nicht mehr nachgewiesen werden können, hat die Subventionierung reduziert bzw. beendet und zugunsten anderer sozialpolitischer Herausforderungen eingesetzt zu werden. Weiter gilt es die Arbeiten der Stadt Bern auf jene von Kanton und Bund besser abzustimmen.

### **Freiwilligenarbeit wertschätzen**

Freiwilligenarbeit stärkt den Gemeinsinn und die Zivilgesellschaft, vor allem auf Quartier- und Gemeindeebene. Deshalb soll die Freiwilligenarbeit die entsprechende Anerkennung und Wertschätzung finden. Wichtig ist auch, dass das brachliegende Potential von Pensionierten, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und insbesondere auch Migrantinnen in der Freiwilligenarbeit vermehrt genutzt wird.

## **III. Konkrete Forderungen**

### **Private und zivilgesellschaftliche vor staatlichen Lösungen**

In Bern gibt es eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Initiativen, sei es von Kirchen, Vereinen, Genossenschaften oder sozialen Unternehmen. Diese darf die Stadt Bern nicht konkurrenzieren sondern allenfalls unterstützen. Dies soll insbesondere wie folgt erreicht werden:

- Die Stadt Bern schafft Voraussetzungen dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen ihre sozialen Angebote möglichst entwickeln und zur Verfügung stellen können. Dabei ist der administrative Aufwand auf ein absolutes Minimum zu beschränken.
- Wo zivilgesellschaftliche Angebote bestehen oder sich entwickeln können, schafft die Stadt Bern kein Konkurrenzangebot. Falls neue zivilgesellschaftliche Angebote entstehen, zieht sich die Stadt Bern aus diesen Bereichen geordnet zurück.

- Den Kompetenzzentren Arbeit und Integration wird möglichst viel unternehmerischer Handlungsspielraum – immer subsidiär zum zivilgesellschaftlichen Angebot – eingeräumt. Mittelfristig werden die beiden Kompetenzzentren zusammengeführt.
- Innovationen im Sozialbereich (Social Innovation) unterstützt die Stadt Bern mit geeigneten Mitteln. Insbesondere wird sozialen Innovatoren Know-how zur Verfügung gestellt und die Stadt Bern prüft Möglichkeiten, solche Initiativen auf intelligente Weise finanziell zu unterstützen (keine Subventionen, sondern mit Smart Finance).

### **Arbeitsintegration vor Rente**

Ziel muss es sein, möglichst viele Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren und darin zu halten und dafür zu sorgen, dass sie sich mit ihrem primären Einkommen (Lohn, AHV/BVG/Privatvermögen) die eigene Existenz sichern können. Dies soll insbesondere wie folgt erreicht werden können:

- Die Stadt Bern begünstigt unternehmerisches, selbständiges und kleingewerbliches Tätigwerden. Sie schafft administrative Hindernisse ab und reduziert Gebühren auf ein absolutes Minimum.
- Die Stadt Bern gibt ihre wirtschaftsfeindliche Haltung auf und sucht eine enge Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Unternehmen, um möglichst viele Personen, auch solche mit besonderen Bedürfnissen, in den Arbeitsprozess zu integrieren bzw. darin zu halten.
- Die Stadt Bern reduziert die übermässige Steuerbelastung (Gemeindesteuer) und setzt sich für die Reduktion der Steuerbelastung für natürliche Personen beim Kanton Bern (Kantonssteuer) ein.
- Das langfristige Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmer bei der sozialen Integration berücksichtigt die Stadt Bern bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.
- Die Stadt Bern stellt bis zu 5% ihrer Arbeitsstellen Personen zur Verfügung, die besondere Bedürfnisse haben.
- Zur Unterstützung der sozialen Innovation wird insbesondere auf Integrationsmassnahmen gesetzt. Das heisst, es werden primär zivilgesellschaftliche Engagements, welche die Integration von Menschen in den ersten oder notfalls in den zweiten Arbeitsmarkt zum Ziel haben, unterstützt.

### **Perspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene**

Ein wichtiger Grundpfeiler liberaler Politik ist die Chancengleichheit. Da junge Familien und Alleinerziehende von Armut besonders häufig betroffen sind, sind sie durch die Stadt Bern entsprechend zu unterstützen. Hierzu braucht es in erster Linie:

- Die städtische Unterstützung von familienergänzender Kinderbetreuung (KiTa-Gutscheine).
- Blockzeiten in allen öffentlichen Schulen.
- Freiwillig besuchbare Ganztageschulen.

Weiter gilt es auch dafür zu sorgen, dass Kindern und Jugendlichen während ihren Ausbildungsjahren möglichst gute Perspektiven erwachsen. Dies soll insbesondere erreicht werden durch:

- Vorschulische Integrationsmassnahmen von Kindern mit besonderen (sprachlichen oder anderen) Bedürfnissen.
- Frühförderung von Kindern mit besonderer oder geringer Begabung.
- Eine leistungsorientierte Schule mit ausgeprägter Durchlässigkeit.
- Schaffung eines Fonds zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei ihrer schulischen und ausserschulischen Entwicklung (z.B. Beiträge für Freizeitaktivitäten, Jugendlager). Es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder die Chance haben, an allen schulischen und ausserschulischen Tätigkeiten gleichberechtigt teilnehmen zu können.
- Ein reger Austausch zwischen den Volksschulen und den ortsansässigen Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden.
- In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern die Schaffung einer Stelle für die Vermittlung von Lehrstellen für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen. Es muss gelingen, dass jede Jugendliche / jeder Jugendliche nach Beendigung der ordentlichen Schulzeit eine Lehrstelle hat und bei Schwierigkeiten in der Lehre aktiv begleitet wird.
- Aktive soziale Durchmischung der Schülerinnen und Schüler.

- Die Stadt schafft aktiv mehr Sportplätze, die sowohl Sportvereinen als auch nicht in einem Verein organisierten Jugendlichen zur Verfügung stehen. Die Stadt öffnet Sportanlagen auch an Wochenenden und über die Ferienzeit.
- Die Stadt Bern initiiert zusammen mit den Sozialpartnern ein Programm, in dem Freiwillige eine Götterfunktion für Kinder/Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen wahrnehmen (nicht im Sinne einer Beistandschaft, aber als «Gotte/Götti», die z.B. bei Problemen in der Lehre hilft).

### **Wohnraum für alle Budgets**

Um Menschen mit geringem Einkommen und wenig oder keinem Vermögen ein Leben in der Stadt Bern zu ermöglichen, treibt die Stadt Bern die Wohnbaupolitik voran. Dies soll insbesondere durch folgende Massnahmen erreicht werden:

- Die Stadt Bern schafft die Voraussetzungen dafür, dass in den kommenden Jahren rasch neuer, qualitativ hochstehender Wohnraum geschaffen wird, damit die Stadt Bern mindestens im Schweizerischen Durchschnitt wachsen kann. Dies ermöglicht allen EinwohnerInnen, einen für sie geeigneten Wohnraum zu finden. Neben genügend Wohnungen hat die Stadt Bern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum Bern an Attraktivität gewinnt. Dazu braucht es auch entsprechende Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, eine kunden- und innovationsfreundliche Stadtverwaltung, ein gutes Kultur- und Freizeitangebot, genügend Naherholungsräume und ein erstklassiges Bildungs- sowie Weiterbildungsangebot.
- Um auch Menschen mit geringem Einkommen ein Leben in der Stadt Bern zu ermöglichen, unterstützt die Stadt Bern diese – analog der Sozialhilfegesetzgebung – gezielt mit Mietzinszuschüssen (Subjektfinanzierung). Der wenig transparente, teure und seit Jahren in der Kritik stehende Betrieb von städtisch vergünstigten Wohnungen (GüWR) wird eingestellt.
- Soziale Durchmischung der Quartiere durch eine intelligente Stadtplanung.

### **Unterstützung im Alter**

Auch in der Stadt Bern hinterlässt der demographische Wandel seine Spuren. Zahlreiche betagte und hochbetagte Personen leben in der Stadt Bern. Das Ziel muss sein, dass betagte Personen möglichst lange ihre Selbstständigkeit wahren und in ihrem angestammten Umfeld ihren Lebensabend in Würde bestreiten können, allenfalls unter Beizug von bestehenden Hilfsangeboten (z. B. Spitex). Dies setzt eine Kultur des sich gegenseitig „Sorge tragens“ voraus. Die Stadt Bern fühlt sich bereits seit einigen Jahren dem Konzept der „Caring Community“ verpflichtet. Eine altersfreundliche Stadt Bern setzt voraus:

- Förderung der Mitverantwortung von Familie, Freunden und Bekannten.
- Sensibilisierung von und Hilfeleistung durch Nachbarschaften (z. B. Programm Socius).
- Generationendurchmischte Quartierentwicklungen.
- Förderung von generationenübergreifenden Bauprojekten.
- Konzepte zur Integration von betagten Personen in den Alltag.
- Aktive und für die Betagten geeignete Informationspolitik über die zahlreichen Entlastungs- und Unterstützungsangebote (z. B. Benevol, Graue Panther, Innovage, Pro Senectute)
- Sicherstellung von altersgerechten ÖV-Angeboten.
- Altersgerechte Ausstaffierung des öffentlichen Raums (genügend Sitzbänke, genügend saubere, öffentliche WC-Anlagen, altersgerechte Parkplätze, Zugänge zu öffentlichen Gebäuden, etc.).
- Massnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und von Altersvereinsamung.

Bern, im September 2019

Autoren:

Dr. Bernhard Eicher, Fraktionspräsident

Dr. Christoph Zimmerli, Parteipräsident